

Gemeinsame Medienmitteilung von CVP und FDP

Für einen starken gemeinnützigen Wohnungsbau

CVP und FDP für Kompromissvorschlag der Wohnbaugenossenschaften

In Luzern werden strukturell zu wenige Wohnungen von Wohnbaugenossenschaften gebaut. Wir brauchen Wohnungsmieten, die bezahlbar sind. Dafür garantieren am ehesten die Wohnbaugenossenschaften. Der Stadtrat will in den nächsten 15 Jahren 720 neue Wohnungen für die Luzerner Baugenossenschaften. Die Baugenossenschaften schlagen 1'000 neue gemeinnützige Wohnungen in 15 Jahren vor. CVP und FDP unterstützen den Vorschlag der Genossenschaften.

Es geht nicht von heute auf morgen, bis wir 1'000 neue Genossenschaftswohnungen in Luzern haben. Aber wir müssen uns jetzt gemeinsam auf den Weg machen. Eine zentrale Rolle bei diesem wichtigen Zukunftsprojekt kommt den gemeinnützigen Wohnbauträgern zu. Diese sind gemäss ihren Statuten verpflichtet, attraktiven Wohnraum zu Kostenmieten anzubieten. Darum sind deren Mietzinse durchschnittlich bis zu 20% tiefer als bei kommerziellen Anbietern. Die Wohnbaugenossenschaften von SP, Liberalen (FDP) und CVP haben in der Vergangenheit viel für ein soziales Luzern getan. Auf dieser Grundlage müssen die konstruktiven politischen Kräfte vorankommen.

CVP und FDP für 1'000 neue gemeinnützige Wohnungen

Das G-Net, der informelle Zusammenschluss der gemeinnützigen Luzerner Wohnbaugenossenschaften, unterstützt das „Reglement über die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus“ des Luzerner Stadtrates. Dieser schlägt unter anderem vor, dass in den kommenden 15 Jahren 720 gemeinnützige Wohnungen gebaut werden sollen. Die Genossenschaften verlangen hingegen 1'000 gemeinnützige Wohnungen, die in Luzern den nächsten 15 Jahren zu erstellen sind. Darin eingeschlossen sind 170 Wohnungen der Gemeinschaftsstiftung zur Erhaltung und Schaffung von preisgünstigem Wohnraum (GSW). Das G-Net hat seine Erwartungen dem Stadtrat, dem Mieterinnen- und Mieterverband und den Fraktionen am Wochenende mitgeteilt. CVP und FDP unterstützen die Forderungen der Genossenschaften und treten ebenfalls für 1'000 neue Wohnungen ein (mit GSW), was 28% mehr wären als der Stadtrat vorschlägt. 1'000 neue gemeinnützige sind eine klare Zielvorgabe, die sich am Machbaren orientiert, finden CVP und FDP.

Breit abgestützter Kompromiss notwendig

Die Volksinitiative „Für zahlbaren Wohnraum“ von Mieterverband, SP und Grünen, welche der Stadtrat zur Ablehnung empfiehlt, will in 25 Jahren 16 Prozent des gesamten städtischen Wohnungsbestandes bei den gemeinnützigen Wohnbauträgern wissen. Derzeit sind es 14 Prozent. Dies würde in 15 Jahren den Neubau von etwa 1'260 Wohnungen erfordern (inklusive GSW). Die SP will dem Vernehmen nach noch höher gehen und 1'440 neue Wohnungen (inklusive GSW). Für CVP und FDP sind so hohe Zahlen Wunschdenken. Dazu fehlen schlicht die Liegenschaften im Einfluss der Stadt Luzern. Die Bodenpolitik muss sich nach dem verfügbaren Bauland richten. FDP, CVP und die Baugenossenschaften treten für Pragmatismus und Augenmass ein.

Die Unterzeichnenden fordern nun den Mieterverband bzw. das Initiativkomitee sowie die Parteien SP und Grüne auf, dem Vorschlag der Genossenschaften zu folgen und die Volksinitiative zurückzuziehen. Denn die Genossenschaften müssen die Aufgabe bewältigen und 1'000 neue Wohnungen bauen, nicht der Mieterverband. Der Kompromissvorschlag lehnt sich stark an die Forderungen der Initiative an. Zudem ist der stadträtliche Antrag zum Erlass eines Reglements über die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus umfassender, gut ausgearbeitet und effektiver als

die Forderungen der Initiative. Die Erstellung von 1'000 neuen Wohnungen durch die gemeinnützigen Wohnbauträger in den nächsten 15 Jahren ist ein sehr anspruchsvolles und ehrgeiziges Ziel. Es ist ein Zukunftsprojekt, das die Baugenossenschaften und die politischen Kräfte in Luzern fordern wird.

Konstruktive Kräfte sind gefordert

Wenn SP und Grüne sich der massvollen Forderung der Genossenschaften anschliessen, kann eine Volksabstimmung zur übertriebenen Forderung des Mieterverbandes verhindert werden. Die Parteien der politischen Mitte und der konstruktiven Linken müssen ihre Ideen und Kräfte bündeln und abstimmen, damit Klarheit über den künftigen Kurs herrscht. Sollte dies nicht möglich sein, so besteht die reale Gefahr, dass die Volksinitiative abgelehnt wird. Dann stehen wir alle mit leeren Händen da. Damit wäre gar niemanden gedient.

Luzern, 12. März 2012

Für Fragen stehen zur Verfügung:

Markus Mächler, CVP, Mitglied Baukommission, 079 642 44 18

Martin Merki, Fraktionschef FDP, 079 779 43 68; 041 370 33 74